

Interpellation FDP-Fraktion:**«AHV-Milliardenausbau droht St.Galler Bevölkerung und KMU zu belasten**

Die FDP-Kantonsratsfraktion verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mit grosser Sorge. Die im März 2024 eingereichte Volksinitiative der Mitte zielt darauf ab, den Ehepaarplafond in der AHV aufzuheben. Diese Reform würde zusätzliche Mittel von rund 4 Mrd. Franken pro Jahr erfordern, finanziert über höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gleichzeitig steht die Umsetzung der 13. AHV-Rente an, welche das System zusätzlich mit rund 5 Mrd. Franken pro Jahr belastet. Zusammen mit dem bestehenden strukturellen Defizit der AHV entsteht so eine jährliche Mehrbelastung von bis zu 13 Mrd. Franken.

Zur Finanzierung des Milliardenlochs will die Mitte trotz wirtschaftlicher Unsicherheit, brutalen US-Zöllen und tausenden bedrohten Arbeitsplätzen höhere Steuern und Lohnabgaben durchdrücken. Mit der im Nationalrat beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer würden Haushalte beispielsweise durchschnittlich um 700 Franken pro Jahr zusätzlich belastet.

Einmal mehr werden die steigenden Ausgaben in der AHV auf den Mittelstand und die KMU abgewälzt. Für den Kanton St.Gallen ist dies besonders problematisch – sowohl aufgrund der schwierigen Lage für Unternehmen und Arbeitsplätze durch die US-Zölle als auch wegen der angespannten Bundesfinanzen und des damit verbundenen Risikopotenzials für Sparmassnahmen zulasten der Kantone.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Auswirkungen des Mitte-AHV-Ausbaus von 3,6 Mrd. Franken pro Jahr, finanziert durch die Arbeitnehmenden und Firmen über höhere Lohnbeiträge und Mehrwertsteuern, im Kontext der angespannten St.Galler Wirtschaftslage ein?
2. Welche Risiken bedeuten Finanzierungslücken in der AHV für die Kantone mit Blick auf die finanzielle Schieflage des Bundes und die drohenden Sparmassnahmen zulasten der Kantone?
3. Ist die Regierung bereit, sich auf Bundesebene und in den Direktorenkonferenzen gegen diese Zusatzbelastungen ohne strukturelle Massnahmen auszusprechen?»

17. September 2025

FDP-Fraktion